

Der sächsische Erzähler,

Zageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist einschließlich der Mittwoch- und Sonnabend-erhebungen „Belletristischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. inklusive Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspresse 6587.

Fernsprechstelle Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Dreimonatlicher Jahrgang.

Interate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorn. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückertung eingehender Manuskripte usw. keine Gewähr.

Donnerstag, den 27. d. M., von vormittags 1/10 Uhr ab Sitzung des Bezirks-Ausschusses.

Bautzen, am 18. Mai 1909.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Das Sprengen in den Gärten aus der städtischen Wasserleitung, ferner das Laufenlassen des Wassers zu Kühlzwecken und zur Inbetriebsetzung der Springbrunnen wird wegen der jetzigen Trockenheit bis auf Weiteres untersagt.

Zu widerhandlungen werden gemäß §§ 9 und 17 des Regulativs, die Benutzung der städtischen Wasserleitung betreffend, vom 22. Juni 1898

unnachlässig mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haftstrafe geahndet.

Der Wassermeister und die Polizeiorgane sind angewiesen, die Gärten und die Hausleitungen zu revidieren und Zuwiderhandlungen hier zur Anzeige zu bringen.

Bischofswerda, am 21. Mai 1909.

Der Stadtrat.

Die Krisis.

Die kritische innere politische Lage im Reiche, wie sie sich durch den bisherigen unerfreulichen Entwicklungsgang der Reichsfinanzreform gestaltet hat, ist nunmehr vom Reichskanzler Fürsten Bülow in einer fast zweistündigen Audienz, die er am Dienstag beim Kaiser in Wiesbaden hatte, einen Tag nach der Rückkehr des Monarchen aus Korfu, dargelegt worden. Ueber irgendwelche Entschlüsse des Kaisers auf Grund dieses ihm gehaltenen Vortrages des Kanzlers ist bislang noch nichts zuverlässiges bekannt geworden, in dessen ist kaum anzunehmen, daß die Wiesbadener Audienz schon eine allerhöchste Entscheidung gezeitigt haben sollte. Ist doch die gesamte bestehende Krisis so schwierig und verwickelt, daß schwerlich an eine sofortige Lösung derselben zu denken ist. Vermutlich wird Fürst Bülow seinem erlauchten Souverän zunächst nur die nötige allgemeine Orientierung über die zugespitzte Situation geben und dann vielleicht seine Meinung über die geeignetste Art und Weise, der entstandenen Schwierigkeiten Herr zu werden, angeknüpft haben. Die entstandene Situation selbst ist eben derartig verfahren und verworren, daß eine Klärung, so notwendig sie auch erscheinen mag, kaum im Handumdrehen erfolgen kann, sondern, daß es hierzu immerhin einer gewissen Frist bedürfen wird.

Vielleicht darf man nun hoffen, daß die eingetretene parlamentarische Pfiingstpause das ihre dazu beiträgt, eine Lösung der inneren politischen Krisis wenigstens anzubahnen, wozu gleich erst die im Juni zu erfolgende Fortsetzung der Reichstagsession den Kern jeder Entscheidung in sich bergen wird. Bereits verlautet von bevorstehenden weiteren Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsparteien in Sachen der Reichsfinanzreform, wie solche bereits in den letzten Tagen vor seiner Abreise von Berlin nach Wiesbaden stattgefunden hatten. Auf solche neue Unterhandlungen deutet es auch hin, daß in einer zweifellos vom Fürsten Bülow selber „inspirierten“ offiziellen Kundgebung in der „Rdn. Ztg.“ die Anschauungen der Reichsregierung über die weiterhin zu unternehmenden Schritte dargelegt werden. Hiernach soll zunächst eine Einigung über die indirekten Steuern im Betrage von 400 Millionen Mark versucht werden, und dann an die Feststellung der Besteuerung des Vermögens gegangen werden, durch welche die restierenden 100 Millionen Mark neuer Reichseinnahmen zu beschaffen sein würden. Hierbei muß es sich also auch entscheiden, ob die Konservativen in der Tat entschlossen sind, für alle Fälle an ihrer bisherigen schroffen Opposition gegen die Nachlasssteuer resp. der Erbschaftsteuer festzuhalten. Bis jetzt scheint man konservativerseits den Versicherungen und Erklärungen von

seiten der Reichsregierung, sie müsse auf der Erbschaftsteuer bestehen bleiben, noch immer kein besonderes Gewicht beizulegen, was schließlich auch erklärlich ist, heißt es doch immer wieder, die Reichsregierung werde schließlich vielleicht doch noch eine Schwendung nach der Seite der konservativen Fronte hin vollziehen. Indessen wird man sich in „Kabinett Bülow“ einen solchen Schritt wohl zweimal überlegen, angesichts der Tatsache, daß die einzelstaatlichen Regierungen nach wie vor den Plan der Besitzbesteuerung aufrechterhalten; hat ja soeben erst der bayerische Thronfolger Prinz Ludwig in seinem Toast bei der Galatafel im Karlsruher Residenzschlosse diesen Standpunkt wiederum betont. Jedenfalls befinden sie sich hierin in Uebereinstimmung mit den liberalen Reichstagsparteien, die ja vor allem ausreichende Besitzsteuern allgemeiner Art, aber nicht von jener der konservativerseits neu beantragten Besitzsteuer auf Wertpapiere und Wertzuwachs- und Umsatzsteuer, auf Immobilien, fordern. In diesem konservativ-liberalen Gegensatz betreffs des Modus der geplanten Besitzsteuern liegt überhaupt der Kernpunkt der ganzen Krisis in der Finanzreform; in wie weit da auf eine befriedigende Lösung noch zu rechnen ist, dies müssen die nächsten Wochen zeigen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser nahm am Mittwoch vormittag vor dem Kurhause in Wiesbaden eine Parade über die dortige Garnison und einige andere Truppenteile ab; an die Parade schloß sich ein Vorbeimarsch sämtlicher Truppen vor dem Kaiser an. Gegen mittag trafen der Großherzog und die Großherzogin von Hessen zum Besuche bei den Majestäten in Wiesbaden ein. Später fand bei dem Kaiserpaare im Schlosse größere Frühstückstafel anlässlich des Geburtstages des Kaisers von Rußland statt, bei welcher der Kaiser einen Trinkspruch auf den Zaren Nikolaus ausbrachte. Nachmittags begab sich das Kaiserpaar, begleitet vom Prinzen Oskar, von der Prinzessin Viktoria Luise, dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und vom Reichskanzler, mittels Automobils nach Frankfurt a. M., wo die Majestäten dem Begrüßungskonzert der Wettfänger um den Kaiserpreis beiwohnten. Dann fuhren die Majestäten nach Wiesbaden zurück. — Die von vornherein ungläubwürdigen Gerüchte von einer bevorstehenden Verlobung der jüngsten Tochter des Kaiserpaars, Prinzessin Viktoria Luise, mit dem Erzherzog Karl Franz Josef von Oesterreich werden jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bestimmt als erfunden bezeichnet.

Zu der Audienz des Reichskanzlers beim Kaiser in Wiesbaden verlautet neuerdings, daß hierbei

der Kaiser zu der Haltung des Kanzlers in der Frage der Reichsfinanzreform seine Zustimmung ausgesprochen habe. Demnach kann also wenigstens das eine als feststehend gelten, daß in der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit vorerst mit keinem Kanzlerwechsel zu rechnen ist.

Der Reichstag hat am Schlusse seiner Sitzung vom Dienstag seine Pfiingstferien angetreten, wie dies schon erwartet worden war. Als Beratungsgegenstand steht auf der nächsten Sitzung, die am 15. Juni stattfindet, die von liberaler Seite eingebrachte Interpellation betreffs der medlenburgischen Verfassungsfrage. In der letzten Sitzung des Hauses vor der Pfiingstpause fand noch große Aufräumung mit gesetzgeberischem Material statt, denn es wurden in dritter Lesung erledigt und definitiv genehmigt die revidierte Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten über den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz, das Münzgesetz, die Novelle zum Bankgesetz, die Vorlage betreffend die Verwaltung des Zavaliden- und des Hinterbliebenenfonds, das Viehseuchengesetz und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Mit dem vom Präsidenten Grafen Stolberg ausgesprochenen Wunsche fröhlicher Feiertage für alle Abgeordneten wurde die Sitzung beschloffen.

Die Finanzkommission des Reichstages wählte am Dienstag zunächst ihren neuen Vorsitzenden, nachdem der bisherige Kommissionspräsident, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche, die Wiederaufnahme des von ihm wegen der Opposition der Konservativen und des Zentrums gegen seine geschäftlichen Dispositionen niedergelegten Vortrages mit Bestimmtheit abgelehnt hatte. Auf Vorschlag von reichsparteilicher Seite wurde der konservative Abgeordnete v. Richtigshofen zum Vorsitzenden gewählt. Dann genehmigte die Kommission den noch übrig gebliebenen Schlusssatz IV. des Tabakversteuerungsentwurfes der Subkommission, womit die erste Lesung der Tabaksteuer-Vorlage erledigt ist. Dann trat die Kommission in die Beratung der von der Regierung vorgeschlagenen neuen Fahrkartensteuer ein, die in ihrem Kernpunkte einen 3/2prozentigen Zuschlag auf die Fahrpreise in allen vier Wagenklassen vorschlägt. Die Vertreter der Nationalliberalen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Polen erklärten die Steuer auf die vierte Wagenklasse für unannehmbar, während das Mitglied der Reichspartei für diese Ausdehnung der Fahrkartensteuer eintrat. Ueberhaupt verworfen wurde die Fahrkartensteuer von freisinniger und sozialdemokratischer Seite, sogar der Sprecher der konservativen äußerte Bedenken. Der Zentrumsredner in-